Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10605

06. 05. 98

Antrag

der Abgeordneten Dr. Helmut Lippelt, Christian Sterzing und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Krise in der deutsch-französischen Zusammenarbeit überwinden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Mit den Beschlüssen des Europäischen Rates vom 2. und 3. Mai 1998 ist der Weg frei für die Europäische Währungsunion mit elf teilnehmenden Staaten. Es ist zu hoffen, daß dieses historische Projekt ein entscheidender Schritt auf den Weg zu einer politischen Union wird und daß es im Interesse aller Europäerinnen und Europäer in Zukunft einvernehmlich verwirklicht wird.

   Es ist zu wünschen, daß der politische und wirtschaftliche Erfolg der gemeinsamen Währung nicht durch seinen mißlungenen Auftakt gefährdet wird. Der Streit um Person und Amtszeit des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) ist schädlich und hat das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger der beteiligten Länder beim Start in die Währungsunion erschüttert.

2. Bundeskanzler und Bundesregierung müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß es ihnen entgegen allen Beteuerungen nicht gelungen ist, die absehbare Auseinandersetzung um die Benennung des ersten Präsidenten der EZB in einer Weise zu beenden, die dem Gewicht des Amtes am Beginn der Währungsunion gerecht geworden wäre. Angesichts der zentralen Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses für die Gestaltung der EU hat es die Bundesregierung versäumt, mit der notwendigen Sensibilität schon frühzeitig im Vorfeld des Gipfeltreffens eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen oder eine Alternative vorzubereiten.

3. Die gesamte deutsch-französische Auseinandersetzung über die Gestaltung der Währungsunion in den vergangenen Jahren spiegelt die unterschiedlichen politischen Vorstellungen Deutschlands und Frankreichs wider. Im Rahmen der Vorbereitungen zur Europäischen Währungsunion hat die Bundesregierung, weitgehend gegen die französischen Intentionen,

alle ihre Vorstellungen durchsetzen können: sie hat die EZB nach Frankfurt am Main geholt, deren Statut folgt dem Vorbild der Deutschen Bundesbank, sie hat den Euro als Namen und den Stabilitätspakt samt Stabilitätsverpflichtungen für die Mitgliedstaaten durchgesetzt.

Die Bundesregierung hat die von Frankreich gewünschte „Wirtschaftsregierung" auf das Maß eines Euro-11-Rates reduziert. Sie hat überdies das französische Konzept einer gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktpolitik zurückgeschnitten. Infolgedessen war die schon lange angekündigte Gegenkandidatur absehbar.

II. Der Deutsche Bundestag bekräftigt

- die herausragende Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für den europäischen Einigungsprozeß,
- ausdrücklich, daß eine enge Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich im gesamteuropäischen Interesse liegt.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die deutsch-französischen Beziehungen auszubauen und zu vertiefen. Das besondere Verhältnis ist die Voraussetzung für das Gelingen der Währungsunion und eine erfolgreiche Weiterentwicklung zur politischen Union.

Bonn, den 6. Mai 1998

Dr. Helmut Lippelt
Christian Sterzing
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333